



PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 23. Februar 2017

Rückschlag für die sektorübergreifende Versorgung

Reinhardt kritisiert Auseinandersetzung über Umsetzung des Entlassmanagements

Der Vorsitzende des Hartmannbundes, Dr. Klaus Reinhardt, hat die anhaltenden Auseinandersetzungen über die Ausgestaltung des im Krankenhausstrukturgesetz festgelegten Entlassmanagements als „schlechtes Signal für die Bemühungen um eine Verbesserung sektorübergreifender Versorgung“ kritisiert.

„Alle Beteiligten wissen nur allzu genau, dass ein gut organisierter und strukturierter Übergang von der stationären in die ambulante Versorgungsebene sowohl im Sinne der Patienten, als auch im Interesse der behandelnden Ärzte unverzichtbar ist“, sagte Reinhardt. Statt sich über die Notwendigkeit des sogenannten Assessments für jede Anschlussversorgung zu entzweien, wäre ein gemeinsamer Appell der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) und der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) an Krankenkassen und Länder zur Bereitstellung der notwendigen Finanzen für die Kliniken ein wegweisendes Signal gewesen. Denn unbestritten müssen Aufwand und Ressourcen für ein verbessertes Entlassmanagement in Einklang gebracht werden. Wenn man sich stattdessen nun in juristische Auseinandersetzungen begeben, könnten am Ende Ärzte und Patienten als Verlierer aus dieser Auseinandersetzung hervorgehen. „DKG und KBV haben hier die Chance verpasst, deutlich zu machen, dass es beim Entlassmanagement im Sinne von sektorübergreifender Versorgung eigentlich um eine gute Sache geht“, sagte Reinhardt.

HB-Pressestelle
Michael Rauscher (Leiter)
Andrea Reich (Sekretariat)

Tel.: 030 206208-11
Fax: 030 206208-14
E-Mail: presse@hartmannbund.de

Hauptgeschäftsführung
Kurfürstenstraße 132
10785 Berlin

Internet: www.hartmannbund.de

Gläubiger-ID
DE48 1000 0000 3900 15
Deutsche Apotheker-
und Ärztebank eG Düsseldorf
IBAN DE10 3006 0601 1201 0850 18
BIC DAAEDEDXXX
Ust.-Nr.: 27/620/56879

Ungeachtet dieser Bewertung appellierte Reinhardt an den Gesetzgeber nicht durch weitere gesetzgeberische Maßnahmen in das Verfahren einzugreifen. „Die Rollenverteilung ist hier klar“, sagte Reinhardt. Die Selbstverwaltung habe das Problem zu lösen und dürfe dabei gerne gemeinsam und mit vereinten Kräften an diejenigen herantreten, die die dafür notwendigen Finanzen bereitzustellen hätten.